„Toxische“ Flächen sollen raus aus Planwerk

GLASHÜTTEN Gemeinde richtet Bitte an Verband – B.I.O. begrüßt ersten Schritt

Die am 1. Juni schriftlich von Bürgermeister Thomas Ciesielski (CDU) beim Regionalverband Frankfurt-RheinMain hinterlegte Bitte, das ins Auge gefasste und heiß diskutierte Gewerbegebiet „G9“ oberhalb von Oberems doch aus den Plänen zur Novellierung des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) zu streichen, stößt auf offene Ohren. Zumindest bei der „Bürgerinitiative Oberems“ (B.I.O.).

Die begrüßt das Schreiben des Rathauschefs, hält es, wie aus einer Pressemitteilung hervorgeht, aber nicht für ausreichend. Das Schreiben sei zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, bann die Gefahr, dass sich der Verband darüber hinwegsetzt, aber nicht. B.I.O. fordert daher als weiteres Zeichen einen Beschluss der Gemeindevertreter, „die Bebauung des Gebietes G9 auszuschließen“.

B.I.O. schreibt weiter, dass es ihr natürlich um die Verhinderung des Gewerbegebietes gehe, aber nicht nur. Man habe dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden des Planungsausschusses, Hans-Jürgen Staab (CDU), Interesse an der Weiterentwicklung der Gemeinde signalisiert. Dazu zähle unter anderem das Angebot, eine Befragung der Bevölkerung aktiv zu unterstützen. Darüber hinaus will B.I.O. bei der Erarbeitung ei-

nes kommunalen Leitbildes mitarbeiten, das sich am Aktionsprogramm „Agenda 21“ orientiert und das Ziel verfolgt, soziale, ökologische und ökonomische Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu geben.

Während die Initiative die Notwendigkeit einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft bei diesem wichtigen Thema sieht, stößt die Beauftragung des externen Planungsbüros Albert Speer+Partner auf Skepsis.

Damit die Ortsteile selbst aktiver für die Wahrung ihrer Belange eintreten können, unterstützt B.I.O. auch das Bemühen der Wählergemeinschaft Schloßborn (WGS) um die Einführung von Ortsbeiräten. Die Bürgerinitiative sieht sich dafür ausreichend legitimiert und fühlt sich bei 170 Mitgliedern bestärkt, auf dem richtigen Weg zu sein.

Bürgermeister Thomas Ciesielski (CDU) hält die Debatte um das mögliche Gewerbegebiet für verfrüht. Konkret könne darüber erst beraten werden, wenn der erste Planentwurf vorliege und das Parlament sowie die Öffentlichkeit zur Stellungnahme aufgefordert würden. Das werde kaum vor Herbst 2024 der Fall sein. Ciesielski bestätigte auf Anfrage unserer Zeitung, dass der Gemeindevorstand dem Regionalverband die Herausnahme einiger als „to-

xisch“ beschriebener Areale nahegelegt habe, die noch von seiner Amtsvorgängerin vorgeschlagen worden seien.

Mehr als in Verfolgung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts den Verband bitten, diese Flächen, unter anderem die Gewerbefläche G9, aus dem Entwurf des Flächennutzungsplans zu streichen, könne die Gemeinde derzeit nicht tun. Der Verband könne sich daran halten, müsse es aber nicht.

Ciesielski sagt auch, dass es in Glashütten, insbesondere in Oberems, zwar Widerstand gegen ein Gewerbegebiet an dieser Stelle gebe. Ihn hätten aber auch zahlreiche Briefe und Stellungnahmen erreicht, die das Gewerbegebiet befürworteten, um Glashütten weiterzuentwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen oder auch nur am Ort zu halten. Man müsse immer beide Seiten sehen.

Vor der Beteiligung der Gemeinde am neuen RegFNP werde der Gemeindevorstand den Bedarf an zusätzlichen Flächen für die Neuansiedlung oder Umsiedlung von Gewerbe prüfen und dem Parlament im Beteiligungsverfahren eine Drucksache vorlegen. Dabei gehe es dann auch um Standortalternativen. Eine Stellungnahme vonseiten des Regionalverbands zum Schreiben der Gemeinde liege noch nicht vor, sagte Ciesielski. as